



Sofortprogramm für unsere Wirtschaft

Schon im Jahr 2023 schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Im Gegensatz dazu ist das Brutto sozialprodukt von 2010 bis 2022 im Durchschnitt jedes Jahr um 1,3 Prozent gewachsen. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt. In der energieintensiven Industrie ging die Produktion im Dezember 2023 im Vergleich zum Vormonat um weitere 5,8 Prozent zurück. Der Kapitalabfluss aus Deutschland ist seit dem Jahr 2022 so groß wie nie zuvor und hält im Jahr 2024 weiter an. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland.

Deswegen hat die CDU/CSU mit einem Antrag die Ampel aufgefordert, im Interesse der Wirtschaft sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch im ersten Quartal wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit die deutsche Wirtschaft schnell aus der Rezession herausfindet, und dazu insbesondere:

1. eine Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns wieder einzuführen, um die Arbeitskosten in Deutschland wieder wettbewerbsfähiger zu machen;
2. Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich zu begünstigen;
3. die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei zu stellen;
4. für Bürgergeldbezieher strengere Sanktionen einzuführen, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird
5. steuerliche Entlastungen für Unternehmen umzusetzen.
6. die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das europäische Minimum zu senken (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte schnellstmöglich zu halbieren;
7. die geplanten Steuererhöhungen für Landwirte vollständig zurückzunehmen;
8. mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen, indem eine wöchentliche anstatt einer täglichen Höchst Arbeitszeit eingeführt wird, sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung zu ermöglichen;
9. sich im Europäischen Rat für den Stopp des Vorhabens einer „Europäischen Lieferkettenrichtlinie“ einzusetzen sowie das deutsche Lieferkettengesetz gesetzlich auszusetzen und zu überarbeiten;
10. den mit den Ländern vereinbarten Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung bis Ostern endlich auch gesetzlich umzusetzen und zu verabschieden.
11. eine Genehmigungsfiktion in das Baurecht für den privaten und gewerblichen Wohnungsbau einzuführen, denn damit könnte der Wohnungsbau in Deutschland schneller aus der Krise herauskommen;
12. ein Belastungsmoratorium umzusetzen, mit dem im ersten Schritt bis Ende 2025 keinerlei zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entsteht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



es ist unfassbar, welche Fehlentscheidung die Ampel-Koalition mit diesem Gesetz trifft. Die geplante Cannabislegalisierung ist nicht nur gesundheitspolitisch fatal, sondern auch im höchsten Maße verantwortungslos. Die Vorstellung, dass damit der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden kann, ist illusorisch.

Sicherheitsexperten gehen davon aus, dass hierdurch vor allem die Nachfrage angeheizt wird und der illegale Handel sich dadurch noch vergrößert. Stattdessen werden gesundheitliche Folgeschäden für zukünftige Konsumenten billigend in Kauf genommen – vor allem im Hinblick auf die Entwicklung Jugendlicher und junger Erwachsener. Der angebliche Kinder- und Jugendschutz ist dabei nicht mehr als ein Lippenbekenntnis, denn im Verlauf des parlamentarischen Verfahrens sind die wenigen Schutzregelungen weiter geschliffen worden. So wurden zum Beispiel die Bannzonen um Schulen und Kitas verkleinert, die Freigrenzen heraufgesetzt und die Höhe der Bußgelder abgesenkt. Führende Mediziner-, Psychiater- und Lehrerverbände schlagen eindringlich Alarm, aber die Lust an der Legalisierung von Cannabis macht die Ampel blind für Risiken und Folgen. Dieses würden wir auch bei uns in Nordrhein-Westfalen zu spüren bekommen. Kein Wunder, dass viele Abgeordnete der SPD schon angekündigt haben, diesem fatalen Gesetz nicht zu zustimmen.

Hinzu kommt, dass die komplizierten Auflagen und Regelungen faktisch nicht wirksam kontrolliert werden können. Es entsteht ein immenser Vollzugs- und Überwachungsaufwand. Ganz zu schweigen von der zusätzlichen Belastung für die Staatsanwaltschaften und Gerichte, denn sie müssen bereits ergangene Schuldprüche rückwirkend auf Straffreiheit prüfen. Aber wahrscheinlich will die Ampel überhaupt nicht, dass überhaupt Kontrollen stattfinden.

Dieses Gesetz ist ein Bürokratiemonster ohne jeglichen Mehrwert, das zugunsten einer Klientel weitreichende gesundheits-, sicherheits- und gesellschaftspolitische Probleme schafft. Die Gefahr für den Rechtsfrieden in unserem Land ist immens. Aber das stört die Ampel in ihrer Cannabis-Euphorie offenbar wenig.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW
Foto: Tobias Koch

Merz: Echte Zeitenwende in der Sicherheitspolitik angemahnt

Zum zweiten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine hat CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz die Bundesregierung aufgefordert, Kiew konsequenter zu unterstützen. Die Koalition bleibe weit hinter der 2022 ausgerufenen Zeitenwende zurück – auch was die sicherheitspolitische Neuaufstellung im eigenen Land angehe. Merz prangerte außerdem das Unvermögen der Ampel an, Deutschlands Wirtschaft anzukurbeln.

Die CDU/CSU-Fraktion legte dem Bundestag in dieser Sitzungswoche einen Leitantrag zum Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine vor, in dem sie eine „echte Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik anmahnt. Darin fordert sie unter anderem die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, der als Frühwarnsystem für krisenhafte Zuspitzungen dienen würde. Darüber hinaus verlangt die Union eine bessere finanzielle Ausstattung der Bundeswehr. Gemäß der NATO-Vorgabe müssten jährlich mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgegeben werden.

Die Koalition bleibe leider hinter ihren Ansprüchen zurück, sagte Merz. Er wies darauf hin, dass die Union auch zu einem gemeinsamen Antrag mit der Ampel bereit gewesen wäre, hätte diese ihren Text früh genug zur Beratung vorgelegt. Die Unionsfraktion wird auch weiterhin die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern fordern, die Kiew dringend zur Verteidigung braucht, die aber der Kanzler bislang verweigert. Sogar die Ampel-Fraktionen haben Kanzler Olaf Scholz in einem Antrag aufgefordert, mehr zur militärischen Unterstützung der Ukraine zu liefern.

Migration eindämmen: Union dringt auf Bezahlkarte

Die CDU/CSU-Fraktion dringt auf die rechtssichere Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber. In einer aktuellen Stunde des Bundestags forderten die Redner der Unionsfraktion die Grünen auf, endlich die Blockade innerhalb der Bundesregierung zu beenden. Diese Koalition ist aus der Sicht der Union in der Migrationspolitik handlungsunfähig. Die Blockade der Grünen sei ein „Stück aus dem Tollhaus“. Trotz eines entsprechenden Koalitionsbeschlusses weigern sich die Grünen überraschend, das Asylbewerberleistungsgesetz für eine bundesweit einheitliche Einführung der Bezahlkarte zu ändern.

Die Unionsfraktion warnte: Die Weigerung der Grünen, die illegale Migration wirksam zu bekämpfen, müssten die Kommunen ausbaden, die bei der Unterbringung und Integration von Asylbewerbern schon längst an der Belastungsgrenze seien. Die CDU/CSU erinnerte in der aktuellen Stunde daran, dass alle 16 Länder sich bereits Anfang November vergangenen Jahres dafür ausgesprochen haben, die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der Bezahlkarte zu schaffen. Die Länder haben dabei einstimmig klar gemacht: Damit die Bezahlkarte bundesweit volle Wirkung entfalten kann, braucht es Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Im Asylbewerberleistungsgesetz muss klar und rechtssicher geregelt werden, wann die Bezahlkarte eingesetzt werden kann. Zudem muss der Vorrang von Geldleistungen so weit wie möglich gestrichen werden. Es ist unverantwortlich, dass die Grünen dies nun blockieren. Leidtragende sind in erster Linie die Länder und Kommunen, die mit Rechtsunsicherheiten allein gelassen werden.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte außerdem die Einführung persönlich zugesagt. Es werde schnell gehen, hatte er versprochen. Davon ist aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion allerdings nichts zu sehen.

Wenn Migranten anstelle von Bargeld eine Bezahlkarte erhalten, verringert das den Anreiz, ohne Asylgrund nach Deutschland zu kommen. Mit dem Sachleistungsprinzip wird der Sozialstaat weniger attraktiv für irreguläre Migranten. Mit der Bezahlkarte können Asylbewerber in Geschäften bezahlen und so die Bedürfnisse des alltäglichen Lebens decken. Damit sei keine Diskriminierung verbunden, unterstrich die Union.

Das Geld kann allerdings nicht mehr ins Ausland überwiesen werden. Somit können Asylbewerber weder ihre Familien in der Heimat unterstützen noch kriminelle Schleuser bezahlen. Es muss in aller Interesse sein, Schleppern und Schleusern das Handwerk zu legen. Die Unionsfraktion unterstrich außerdem die Notwendigkeit, den Vorrang von Sachleistungen vor Bargeld auf Bundesebene im Asylbewerberleistungsgesetz zu verankern. Ansonsten drohe eine Klagewelle.

Impressum:

Ausgabe Nr. 03/2024,
23. Februar 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck